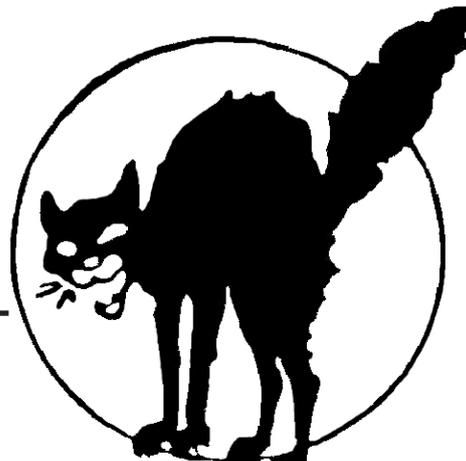


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Über den feministischen Streik hinaus

Der feministische bzw. Frauen*Streik hat voll eingeschlagen. Obschon genaue Zahlen fehlen, ist die Beteiligung von 1991 höchstwahrscheinlich übertroffen worden. Nun stellt sich die Frage, was auf dieses massive Zeichen folgt. Sowohl Organisation wie auch der Druck muss aufrechterhalten werden.



Mehrere hunderttausend Menschen

Massiv. Das ist wohl das passendste Wort um den feministischen / Frauen*Streik vom 14. Juni zu beschreiben. Schweizweit haben sich mehrere hunderttausend Menschen daran beteiligt. In Zürich allein waren es 160'000, in Bern 70'000. Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass somit der Frauenstreik von 1991 von der Beteiligung getoppt wurde: Damals beteiligten sich eine halbe Million Menschen. Die zweite Auflage Mitte Juni sorgte dafür, dass sich besonders die grösseren Städte in den Streikfarben Rosa und Lila wiederfanden.

Dezentral organisiert

Der feministische Streik hat bewiesen, dass solch grosse Proteste sehr wohl dezentral organisiert sein können. Noch bis kurz vor dem 14. Juni gründeten sich in Städten, Dörfern, Betrieben und Quartieren Streikkollektive. Eine grobe Koordination untereinander setzte zwar ein paar Fixpunkte, vieles blieb den Gruppen jedoch selbst überlassen – dank der Solidarität waren sie jedoch nie sich selbst überlassen. Schlussendlich wussten die grossen Streikkollektive selbst nicht, was alles an dem Tag läuft. So entlud sich eine Fülle an Aktionen, zum Teil sogar spontan.

(weiter auf Seite 2)

Juli/August 2019

Nr. 59, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Sudan: Militär stellt sich gegen Revolution

4

Der Diktator ist weg, doch die alten Schlächter sitzen immer noch an der Macht und beginnen wieder, scharf zu schiessen. Doch die Bevölkerung kämpft weiter für ihre Freiheit und gegen die Rückkehr der Diktatur

„Du besitzt ein Smartphone, wie kannst du gegen den Kapitalismus sein?“

5

Aktivist*innen, welche ein Leben im Kapitalismus führen, werden – meist von den grössten Kapitalist*innen – als inkonsequent bezeichnet. Doch wirkungsvolle Alternativen gibt es nicht wirklich.

„Solidarität statt Angst“

7

Im Gefängniswesen herrscht auch Ausbeutung. die Gefangenengewerkschaft/ Bundesweite Organisation GG/BO kämpft für bessere Haftbedingungen.

Gewerkschaften und Tarifverträge

9

Wann und warum begannen Gewerkschaften Tarif- bzw. Gesamtarbeitsverträge zu unterzeichnen? Teil 2 erzählt vom Aufstieg und Niedergang der Knights of Labor in den USA.

Rubriken

Kultur

11

Rechtliches

12

Editorial

*Rund drei Monate nach dem internationalen Frauenkampftag war es auch in der Schweiz soweit: Am 14. Juni begaben sich eine halbe Million Menschen auf die Strassen und in die Betriebe. Der lange angekündigte und vorbereitete zweite Frauen*streik war ein voller Erfolg. Doch was wird nun aus diesem Massenprotest? Wie bleibt die Bewegung organisiert, wie werden die Forderungen aufrecht erhalten? Es bleibt spannend und es bleibt zu hoffen, dass all diese Menschen nicht zu viel Hoffnung in die Parlamente stecken, denn deren Untätigkeit führte überhaupt erst zum zweiten feministischen Streik seit 1991.*

Die Freiheitsbewegung im Sudan bleibt standhaft. Sie liess sich nicht mit der „Absetzung“ des alten Diktators Omar Al-Bashir abspeisen, sondern hält an ihrer Forderung fest: Sofortige Selbstbestimmung der Bevölkerung über ihr eigenes Leben. Doch der Übergangsrat des Militärs, welcher Al-Bashir nicht nur in Gewahrsam, sondern auch die Macht ergriffen hat, zeigt langsam sein wahres Gesicht: Es sind die alten Schergen des Regimes, und sie sind nicht bereit, auch nur ein Bruchteil ihrer Macht freiwillig abzugeben. Der Kampf im Sudan geht weiter und könnte sich nach den ersten militärischen Massakern gegen die Protestierenden nochmals verschärfen (siehe dazu Seite 4).

*Organisiert bleiben auch die Genoss*innen hinter deutschen Gardinen. Seit über einem Jahr setzt sich die Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation GG/BO für Gefangene ein. Ihnen geht es um eine Kritik am Knastwesen, welches der Unterdrückung, und nicht der Verbesserung der Gesellschaft dient. Doch es geht ihnen nebst der Solidarität auch um alltägliche Fragen, wie der Ausbeutung der Insass*innen als billige Arbeitskraft oder die miserablen Haftbedingungen in den Gefängnissen (siehe Seite 7).*

Bleibt organisiert oder werdet es

**li(e)bertäre Grüsse
eure Fauistas**

F*-Streik

(von Seite 1)

Schon nur in Bern gab es Kinderwagen-Demonstrationen, verlängerte Pausen der Verkäufer*innen, Umzüge durch die ganze Stadt, alternative Strassenbeschriftungen, Strassen- und Platzbesetzungen, eine Fülle an Transparenten und mehr.

Grosser öffentlicher Widerhall

Ein besonderer Erfolg der Mobilisierung war das grosse Medienecho kurz vor und nach dem Streik. Plötzlich wurden wieder Probleme diskutiert, welche in der Öffentlichkeit wenig bis kaum beachtet wurden. Sei dies nun die ungenügende Anerkennung und Entlohnung von meist weiblicher Betreuung, ein Asylwesen, das diesen Namen nicht verdient oder die Verfügbarkeitshaltung gegenüber der weiblichen Sexualität ob nun auf der Strasse, in der Beziehung oder am Arbeitsplatz.

Wie weiter?

Nun steht natürlich die Frage im Raum, was nun auf diese massive Mobilisierung folgt. Aus den Parlamenten und den Büros der Zentralgewerkschaften – den hierarchisch organisierten Gewerkschaften des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds – schallt nun schon der Aufruf zu den Wahlen und Lancierung von Initiativen. Doch wie viel das Parlament, Gesetze und die Verfassung (eben nicht) bringen, zeigte bereits der Streik 1991: Dieser war eine direkte Antwort auf den nicht umgesetzten Gleichstellungsartikel von 1981, welcher auf dem Papier die totale Gleichberechtigung aller Geschlechter bedeutete. Praktisch hatte sich jedoch kaum ein tiefgreifender Wandel vollzogen, was schon nur bei der Bundesratsverteilung sichtbar war: Bis nach der Einführung des Frauen*wahlrechts und dem Frauenstreik 1991 gab es mit Elisabeth Kopp gerade mal eine Bundesrätin. Danach ging es

auch sehr bescheiden weiter.

Das zeigt leider auch: Wenn Gesetze etwas nützen würden, dann gäbe es jetzt eben keine Lohnungleichheit, da diese gesetzlich und per Verfassung eigentlich schon verboten ist. Und die ach so arbeiter*innenfreundlichen Gesamtarbeitsverträge werden ja auch erst umgesetzt, wenn sich die Arbeiter*innen in den Betrieben wehren.



Am 14. Juni wurden verschiedene Strassennamen in Bern geändert. Oftmals handelte es sich um bedeutende Frauen aus Bern, welche von der männlich dominierten Geschichtsschreibung verdrängt werden.*

Falsche Sicherheit

Vielmehr bergen sowohl Wahlen wie auch Initiativen die Gefahr, dass sich die (mitunter) vom Patriarchat Betroffenen in einer falschen Sicherheit wännen. Auf dem Papier und in den Wahl-Statistiken könnte es schlussendlich so aussehen, als hätte die Schweiz ihre Rückständigkeit abgelegt. Doch was bringt es einer Sans-Papiere, wenn mehr SVP-Frauen gegen sie hetzen; Was bringt es einem nicht binären¹ Menschen, wenn sie*er von mehr CVP-Frauen als psychisch gestört betrachtet und in ein Raster gedrückt wird; was bringt es einer Arbeiter*in, wenn sie von mehr SP-Unternehmer*innen verraten wird? Weit aus problematischer als fehlende Gesetze, sind die Gesetze welche bestehen und uns einschränken.

Falsche Freund*innen

Es ist kein Geheimnis, dass die Schaltstellen des Staates nicht gerade von

¹ Nicht-binäre Menschen sehen sich weder als Mann noch als Frau, sondern einfach als Menschen.

den Unterdrückten besetzt sind. Keine alleinerziehende Migrant*in sitzt der Fremdenpolizei vor, kein „Büezer“ kann sein Arbeitspensum reduzieren, um im Parlament zu sitzen. All die Unternehmerinnen*, welche sich mit dem feministischen Streik „solidarisieren“, werden einen Scheiss dafür tun, echten Wandel herbeizuführen. Denn dieser würde nur ihre Profite schmälern. Dies zeigt sich bei den Vorzeige-Gegnerinnen des Streiks, welche überzufällig oft Kapitalist*innen sind. Sie haben Macht und Geld, um über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Sie brauchen die Kraft des feministischen Streiks nicht, Viele andere schon. Es liegt an den Unterdrückten selbst, sich zu organisieren und einen Wandel zu erstreiten.

Gesellschaftlicher Wandel

Der Wahlzirkus dieses Jahr wird sich sicherlich auch um die Frage drehen, welche Forderungen des Streiks „erfüllt“ werden. Wie bereits im Frontartikel der *Schwarzi Chatz #59* beziehen sich viele der Forderungen des streikkollektivübergreifenden Manifests² auf einen gesellschaftlichen Wandel. z.B. sind das die höhere Wertschätzung und Aufteilung der unbezahlten Arbeit, ein Ende der sexistischen Bildung an Schulen oder mehr Anerkennung von weiblichen, Non-Binary und Trans-Menschen in der Kultur. Schlussendlich soll es darum gehen, dass sowohl in der Liebe, in der Beziehung wie auch in der Arbeit es keine Rolle mehr spielt, was du zwischen den Beinen hast, bzw. was Andere dort zu wissen glauben. Gesetze können einen solchen Wandel kaum erzwingen, aber die bestehenden patriarchalen Gesetze, welche immer noch nur Mann und Frau kennen, verhindern einen solchen.

Nicht betteln, sondern erkämpfen

Seit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts predigen uns die Reichen und Mächtigen von Gleichheit und Sicherheit, dass parlamentarische Demokratie und Kapitalismus uns alle irgendwann befreien würden. Die Erfahrung der Unterdrückten zeigt

² Siehe dazu das Manifest unter www.frauenstreik2019.ch/wp-content/uploads/2019/01/manifest-streikkollektiv_d.pdf

jedoch eher, dass Fortschritte nur dort gemacht werden, wo sich die Betroffenen selbst wehren und organisieren. Die LGBTIQ-Bewegung in den USA errang Erfolge mit den Kämpfen, welche auch von den Stonewall-Unruhen³ ausgingen. In der Schweiz war es der unermüdliche Einsatz von Feminist*innen, welche das Patriarchat ins Wanken bringen. Die Organisation von People of Color schwächt langsam aber sicher den Kolonialismus in unseren Regierungen und unseren Staaten. Viele People of Color können nicht auf den Staat hoffen, denn dieser schliesst sie oftmals einfach aus der „demokratischen“ Teilhabe aus. Und auch die Arbeiter*innenklasse kann nicht auf Almosen der Bourgeoisie hoffen. Denn die hat es nicht mit Almosen zu ihrem



Superwoman besucht jene Frauen, welche nicht streiken können. Es gibt als Zeichen der Solidarität Kuchen für Arbeitende in der Pflege.*

Reichtum geschafft, sondern mit eiserner Ausbeutung und Härte und mit dem Kauf von den selbsternannten hierarchischen Stellvertreter*innen der Unterdrückten.

Direkte Aktion statt Tinte

Genauso unsichtbar wie die unbezahlte Care-Arbeit in unserer Gesellschaft ist auch die schrittweise Erkämpfung der Rechte. Der Frauen*Streik war so erfolgreich, weil viele Menschen seit Monaten in kleinen Schritten auf diesen grossen Tag hingearbeitet haben. In der Zwischenzeit

³ Das Stonewall Inn war ein Treffpunkt von Homosexuellen und Transgender in New York. Nach Jahrzehnten der Schikane entlud sich der Frust 1969 bei einer weiteren Razzia der Polizei im Stonewall Inn, welche schlussendlich zu einem wahren Aufstand führte. Noch heute wird den Stonewall Riots mit den Prides weltweit um den 27. und 28. Juni gedacht.

hat sich bei den Aktivist*innen die Gewissheit ergeben, etwas verändern zu können. Z.B. kam es kurz nach dem Streik im Basler Kunstmuseum zu zwei Entlassungen aufgrund der Streikteilnahme. Die darauf folgenden Proteste führten schlussendlich zur Wiedereinstellung der Beiden.

Genau so wie im Vorfeld sollte es sich auch in den anderen Bereichen verhalten. Z.B. mit kleinen Schritten in Arbeitskämpfen. Beginn mit kleinen Forderungen, kleinen Erfolgen, bis es irgendwann ums ganze geht. Im Prozess lernen wir, dass es sich lohnt, gemeinsam für etwas einzustehen. Und dass nur wir selbst bestimmen können, was für uns wichtig ist, wie weit wir in den Kämpfen gehen wollen und welche Mittel wir einsetzen.

Der soziale Friede mit den Unternehmer*innen hingegen beraubt uns gewisser Mittel wie dem Streik. So dass der Streik vom 14. Juni weder von der Politik noch von der Wirtschaft als „legitimer“ Streik angesehen wird.

Allumfassender Kampf

Doch es geht hier nicht nur um Arbeit, es geht auch um die Scheisse in unseren Heimen, unseren Beziehungen

und in unseren Köpfen. Deswegen setzt sich die FAU Bern für einen allumfassenden Kampf gegen die Herrschaft ein. Sei dies der Klassenkampf, Kampf gegen das Patriarchat, gegen den staatlich abgestützten Rassismus, die Repression gegen politische Aktivist*innen und das gleichzeitige verhätscheln von Faschist*innen, wie auch gegen die Verdrängung aus unseren Quartieren.

Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Wer gemeinsam kämpft, kann gewinnen. Und dies ist erst der Anfang. Organisiert euch oder bleibt weiterhin organisiert. Erkämpfen wir uns Brotlaib um Brotlaib, bis uns allen die ganze Bäckerei gehört.

FAT

Sudan: Militär stellt sich gegen Revolution

Die Befürchtungen haben sich bestätigt. Das Militär als selbsternannter Heilbringer der Demokratie hat sich nun gegen die Protestierenden gewendet. Doch selbst Internet-Blockade und das Massaker vom 3. Juni können den Willen zur Revolution nicht brechen.

Seit Dezember 2018 haben sich die Proteste im Sudan zugespitzt. Zwar gab es seit dem Putsch Omar Al-Bashirs 1989 immer wieder Aufstände, besonders in den Regionen Darfur und dem mittlerweile autonomen Süd-Sudan, jedoch gelang es dem Diktator immer wieder – auch dank internationaler Hilfe – sich an der Macht zu halten. Die massiven Schulden und die stark ansteigende Inflation liessen Ende letzten Jahres das Fass zum Überlaufen bringen. Monatelange Proteste und Streiks führten schlussendlich im April zur „Absetzung“ des Diktators, jedoch nicht seiner Handlanger*innen.

Militär Teil des Problems

Deswegen flachte die Freude über die Absetzung des Diktators auch sehr schnell ab. Denn wer die Situation im Sudan kennt, weiss, dass hinter Al-Bashir eben auch das Militär steckte. Es war nicht nur stark an seiner Machtergreifung beteiligt, sondern auch an den unzähligen Massakern in Darfur, dem Südsudan oder der Region des blauen Nils. Das Militär war nie neutral im Sudan, war nie einfach die Marionette des Regimes, es ist und war stets selbst fester Bestandteil der Diktatur. Bashir mag weg sein, doch seine Schlächter*innen haben sich nun an die Regierung geputscht. Denn nach Al-Bashirs Absetzung erklärte das Militär nicht nur die Ziele der Revolution für „erfüllt“, sondern setzte sich als Militärischer Übergangsrat (englisch *Transitional Military Council TMC*) an die Spitze des Landes.

Massaker anfangs Juni

Zeigte sich der TMC nach dem Sturz Al-Bashirs noch dialogbereit gegenüber den Revolutionär*innen, endete diese Bereitschaft Anfangs Juni.

Denn schon kurz nach dem Militärputsch im April und einer kurzen Ruhepause gin-

gen die Proteste einfach weiter. Besonders betroffen war das Hauptquartier der Armee in der Hauptstadt Khartoum. Sit-Ins, Barrikaden und Proteste sollten den Militärerrat zwingen, die Macht an einen zivilen Rat zu übergeben. Am 3. Juni legte die Armee ihr nettes Gesicht ab und richtete in Form von Milizen und den paramilitärischen *Rapid Support Forces RSF* ein Massaker unter den Protestierenden an. Mindestens 100 Menschen verloren ihr Leben, andere wurden zum Teil sogar aus den Spitälern heraus verhaftet. Es kam zu Vergewaltigungen – vielleicht ein Zeichen der Macht gegenüber der feministischen Bewegung im Land, welche auch ihre Befreiung vorantreiben will – und teilweise wurden Protestierende im Nil ertränkt.

Paramilitärs stark im militärischen Übergangsrat verankert

Ko-Vorsitzender des *Transitional Military Council TMC* ist Mohamed Hamdan Dagaló, genannt Hemeti, welcher schon vor der Absetzung Al-Bashirs die *RSF* anführte. Auch er wird international gesucht, da die Janjawid-Milizen unter seinem Kommando verschiedene Massaker und Genozide in Darfur anrichteten. Diese Milizen wurden mittlerweile in die *RSF* eingegliedert. Hemeti und andere versuchten also nach den erfolgreichen Generalstreiks Ende Mai mit dem Massaker – wie in den alten Zeiten des Regimes – die Proteste mittels purer Gewalt abzutöten.

Internetblockade und internationale Solidarität

Zudem hat der TMC anfangs Juni einen Grossteil des Internets im Land lahmgelegt. Damit sollte nicht nur die Verbreitung der Schandtaten des brutalen Regimes verhindert werden, sondern auch die Mobilisierung und Vernetzung der Proteste. Gebracht hat es glücklicherweise wenig. Am 20. Juni sah das Land wieder massenhaft Proteste. Zudem wurde für den 21. Juni zu internationalen Aktionen

unter dem Hashtag #blueforSudan aufgerufen. Damit sollte der Druck auf die westlichen Regierungen erhöht werden, welche dem Regime immer noch die Treue halten. So wurde auf die „Friedenskonferenz“ am 21. Juni in Berlin z.B. Saudi Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate, Geldgeber des Regimes, eingeladen, jedoch keine der vielen zivi-



Die Proteste gehen weiter: Nach der Absetzung des Diktators soll nun auch das Militär weg.

len Organisationen, welche die Revolution unterstützen. Der Kolonialismus lebt also 2019 immer noch heiter weiter.

Nicht-staatliche Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen an der Spitze

Die Proteste wurden anfangs auch von oppositionellen Menschenrechtsorganisationen ins Leben gerufen. Besonders die *Sudanese Professionals Association SPA* schaffte es, grosse Teile des Landes zu mobilisieren. Diese wurde nie als Gewerkschaft anerkannt, denn Al-Bashir liess nur staatstreue Pseudo-Gewerkschaften zu. Prominent vertreten in der *SPA* waren auch Ärzt*innen und im Gesundheitssektor Arbeitende. Diese stehen immer noch loyal zur Revolution und somit zur Bevölkerung im Sudan. Und besonders deswegen werden sie auch von den Paramilitärs verfolgt, eingeschüchtert und zum Teil sogar getötet. Die *SPA* hat mittlerweile erklärt, keinerlei Verhandlungen mit der Mörderbande des *TMCs* zu führen und fordert die sofortige Einsetzung eines zivilen Übergangsrats.

Tifa



Jetzt FAU-Mitglied werden



Bist auch du unzufrieden mit der Schikane auf der Arbeit oder dem Amt?
Hast du die Schnauze voll, wie die Welt läuft?

Und möchtest du endlich was dagegen tun?

Dann werde jetzt Mitglied der Freien Arbeiter_innen Union FAU Bern!

Wir sind eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Wir funktionieren ohne Hierarchien, das heisst **unsere Mitglieder bestimmen selbst über die Ausrichtung und Arbeit der Gewerkschaft** auf ehrenamtlicher Basis.

Volle Definitionsmacht in Arbeitskämpfen

Deine Arbeitskämpfe sollten in deiner Hand liegen, und nicht in den Händen eines Sozialkuschelpartners in den oberen Gewerkschaftsetagen. Du bestimmst, wie weit du gehen willst, welche Strategien und Mittel du anwenden willst. Du sagst, wann dein Kampf vorbei ist. Wir unterstützen dich dabei mit Rat und Tat und mit Menschen, welche dir den Rücken stärken statt dir in den Rücken zu fallen.

Solidarität untereinander ist die stärkste Waffe, welche wir Arbeiter*innen und Arbeitslosen haben.



Bist du interessiert, einer Gewerkschaft beizutreten, welche kämpferisch gegen alle Unterdrückungsformen eintritt und auf Solidarität statt Konkurrenz setzt?

weitere Infos zu Mitgliedschaft und Anmeldeformular findest du unter:

www.faubern.ch/index.php/mitglied-werden.html

„Du besitzt ein Smartphone, wie kannst du gegen den Kapitalismus sein?“

Oftmals hört man als antikapitalistisch eingestellte Person, mensch solle dann doch in den Wald leben gehen, wenn es dir nicht passt. Der gehört jedoch auch schon jemandem. Und etwas ändern würde es auch nicht. Genauso wenig, wie ein bewusster Umgang mit Konsum den Kapitalismus abschafft.

Dass den Onkel dein politisches Engagement schon eine Weile geärgert hat, ist klar. Als du dich beim nächsten Familienfest mit Hilfe von Facebook von den Gesprächen abzulenken versuchst, sieht er seine Stunde gekommen: „Ich dachte, du wärst gegen Kapitalismus. Wieso benutzt du dann ein Smartphone? Und was ist eigentlich mit diesen Turnschuhen?“, wirft er dir triumphierend entgegen. Man sieht es ihm an: Damit glaubt er, dich Traumtänzerin in die Ecke getrieben zu haben. Um eine Diskussion geht es ihm nicht wirklich. Dabei ist es tatsächlich gleichzeitig einfacher und komplizierter, als der Onkel meint.

Es geht ihm anscheinend ja um zweierlei: Er will dir Inkonsequenz vorwerfen: „Wie kannst du gegen ein System sein, dass du doch unterstützt, indem du seine Produkte kaufst?“. Diesen Vorwurf würde er dir aber vermutlich nicht machen, wenn du einen Apfel isst – selbst wenn du den, ganz kapitalistisch, soeben im Supermarkt gegen Bezahlung erworben hast. Es geht ihm noch um etwas Anderes: Produkte nämlich, die unter nachweislich besonders beschissenen Bedingungen – in quasi-Sklav*innenarbeit bei Foxconn in China oder in Sweatshops – hergestellt wurden. Irgendwie sollen die wohl kapitalistischer sein als der Apfel oder sein Herzschrittmacher.

Alternative Einsiedler*in?

Nun sind diese Einwände, wenn man sie einmal zu Ende denkt, aber ziemlich unredlich. Gegen den Kapitalismus kann man nach solch einer Auffassung nur dann sein, wenn man in einer Höhle

von den selbst gezogenen Kartoffeln lebt und sich in Blätter hüllt. Nun sind aber die Höhlen, in denen man unbehelligt leben kann, und die Flächen, auf denen man einfach so Gemüse anbauen kann, ziemlich selten geworden und wo ich meine Saatkartoffeln ohne Geld herbekommen soll, ist auch unklar. Mal ganz abgesehen davon, dass besagter Onkel eine solche Lebensweise vermutlich auch nicht als löblich konsequentes politisches Engagement, sondern als komplette Spinnerei betrachten würde, führt dieser Ansatz also nicht besonders weit. In einer Welt, in der alles irgendjemandem gehört, gibt es keine wirklichen Nischen mehr. Allenfalls kann man Land kaufen und dann so tun, als sei das eine Nische, aber das ist natürlich eine Mogelpackung, denn das Geld dafür muss ja auch erst einmal irgendwo herkommen. Insofern ist das Argument mit der Inkonsequenz hinfällig.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Dann wäre da die Sache mit den Arbeitsbedingungen. Ohne Frage, ein Blick in die Fabriken, in denen ein Grossteil unserer alltäglichen Konsumgüter hergestellt werden, kann einem eigentlich nur Wut und Übelkeit verursachen. Kinder, die im Textilstaub 7 Tage die Woche, 12 Stunden pro Tag T-Shirts zusammennähen, sind ein hervorragendes Argument gegen den Kapitalismus. Aber ist es damit getan, dann einfach ein anderes Produkt zu kaufen? In der Elektronikbranche ist es tatsächlich so, dass solche Praktiken ziemlich umfassend durchgesetzt sind. Wer immer einen Laptop besitzt, hat da mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Produkt, das das Ergebnis von haarsträubenden Arbeitsbedingungen ist. Die grosse Verweigerung hilft mir da allerdings nicht weiter, denn den Laptop brauchen wir heutzutage einfach zum Arbeiten, zum Studieren und auch um uns politisch zu organisieren. Und Apple ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Kauf von teureren Produkten nicht automatisch dafür sorgt, dass Arbeiter*innen besser entlohnt werden.

Teurer heisst nicht sozialer

Wenn es etwa um Kleidung geht, wird häufig die irische Billigkette Primark als Beispiel herangezogen. Als 2013 in Bangladesch der Sweatshop-Komplex Rana Plaza zusammenstürzte und dort 1.129 Textilarbeiter*innen ums Leben kamen, war schnell klar, dass dort für Primark produziert wurde. Aber eben auch beispielsweise für Benetton, eine etwas teurere italienische Kette, deren Käufer*innen sich eher selten anhören müssen, dass ihre Konsumgewohnheiten unmoralisch sind. Benetton gibt für die Produktion seiner Kleidung also kaum mehr Geld aus als Primark, nur wird mehr Geld in Marketing und Verkaufsräume gesteckt, so dass den Kund*innen suggeriert wird, dass es sich hier um

ein hochwertiges Produkt handelt. Da fragt man dann auch nicht mehr nach den Produktionsbedingungen. Und selbst wenn es stimmen würde, dass ein teures Produkt bedeuten würde, dass diejenigen die es hergestellt haben besser bezahlt werden, was ist dann mit den Menschen, die sich das teure Produkt einfach nicht leisten können? Ist ethischer Konsum wirklich eine politisch sinnvolle Strategie, wenn nur verhältnismässig reiche Leute sie sich leisten können? Oder ist es vielleicht doch nur eine weitere Art, arme Leute zu beschämen – diesmal dafür, dass ihre Unterhosen vermutlich von Kindern zusammengenäht wurden?



*2013 kollabierte die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch, über 1000 Arbeiter*innen fanden darin ihren Tod. Schon bald standen die Billigmarken wie Primark am Pranger. Doch dass andere „sozialere“ Firmen auch dort produzierten, wurde ignoriert. Dies ist ein Beispiel dafür, dass der „Konsumaktivismus“ nur sehr beschränkt etwas ändert und vor allem als Feigenblatt fungiert.*

Ausbeutung hat globales System

Machen wir uns nichts vor: Erbärmliche Arbeitsbedingungen sind das Ergebnis davon, dass etwas möglichst billig produziert und dann so teuer verkauft wird, dass es noch einen Profit abwirft. Dabei befinden sich Kapitalist*innen in Konkurrenz zueinander – wer auf seinem Zeug sitzen bleibt, geht früher oder später pleite. Ein erprobter Weg, die Nase vorne zu haben, besteht darin, billiger zu produzieren und zu verkaufen als die Konkurrenz. Das heisst, die Lohndrückerei und die miesen Arbeits-

bedingungen sind schon im System angelegt. Wann immer sich historisch an den Bedingungen etwas verbesserte (und die europäische Textilindustrie im 19. Jahrhundert etwa war ein ähnlich grauenhafter Ort wie heute die Sweatshops Asiens), war dies das Ergebnis von Arbeitskämpfen oder einem Staat, der eingeschritten ist, weil die Lebenserwartung der Arbeiter*innen soweit gesunken war, dass der Nachschub an Arbeitskräften gefährdet war. Heute, unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus, wo Unmengen an Waren täglich um den Erdball geschickt werden, wird ein Grossteil der Konsumgüter vor allem dort produziert, wo

Menschen aus Mangel an Alternativen und aufgrund politischer Rahmenbedingungen für sehr wenig Geld arbeiten. Wenn wir dem mehr entgegenzusetzen wollen als den moralischen Appell, doch das teurere Produkt zu kaufen, dann bleibt uns nichts Anderes übrig, als dieses beschissene System aus den Angeln zu heben. Und zwischenzeitlich vielleicht dem Onkel zu sagen, dass er Unsinn redet.

25Karat

Zuerst erschienen auf
www.25Karat.net

„Solidarität statt Angst“

Die Gefangenengewerkschaft GG/BO kämpft für Grundrechte hinter Gefängnismauern. Interview mit Manuel Matzke, Sprecher der Gefangenengewerkschaft/ Bundesweite Organisation Sektion JVA Zeithain, geführt.

Direkte Aktion DA: Hallo Manuel. Ihr organisiert euch als Gefangenengewerkschaft. Welche Grundgedanken stecken dahinter? Gab es einen Auslöser dazu, ein historisches Vorbild, oder eine internationale Bewegung?

GG/BO: Der Grundgedanke der GG/BO liegt darin, die soziale Ungerechtigkeit, welche hinter Gittern herrscht, zu hinterfragen. Es ist unser Interesse, jegliche Form von Inhaftierungen (Strafvollzug, Maßregel, U-Haft, Forensik etc.) und alles, was damit verbunden ist, zu hinterfragen und transparent werden zu lassen. In unserem Vorgehen orientieren wir uns dabei sehr zentral an den Leitlinien der Solidarität, Kollegialität, Emanzipation, Autonomie und der Sozialreform. Dies spiegelt auch ganz klar wieder, dass Gewerkschaftspolitik eben auch Bildungspolitik ist, weshalb uns historische Bezüge zur internationalen Gewerkschaftsbewegung wichtig sind. Im Vergleich mit einer internationalen Bewegung sehe ich die GG/BO mit ihrer Arbeit sehr nahe an der Industrial Workers of the World (IWW) orientiert, wo sich in ihrer Sektion Incarcerated Workers Organizing Committee (IWOC) speziell inhaftierte Arbeiter*innen organisieren.

DA: Welche Probleme der Gefangenen sind es, die euch aktiv werden liessen? Euer Schwerpunkt ist Lohnarbeit und Ausbeutungsverhältnisse? Warum in Gefängnissen?

GG/BO: Die Art der Probleme, mit denen wir es tagtäglich zu tun haben, sind vielseitig. Für uns spielt es aber dabei keine Rolle, ob es zu hohe Telefonkosten

in den Anstalten sind, oder die schlechte medizinische Versorgung, die Tatsache, dass es kaum Dolmetscher*innen gibt und somit sprachliche Probleme vorprogrammiert sind. Für uns ist wichtig, dass wir jedes Anliegen ernst nehmen und auf die Probleme an den richtigen Stellen aufmerksam machen. Da Vollzug, egal in welcher Form, immer noch zu intransparent gehalten wird, haben die Anstalten natürlich die Chancen, sich ihren eigenen rechtsfreien Raum auszugestalten. Genau hier setzen wir an und zeigen auf, dass auch jede*r Inhaftierte eine Stimme hat.

DA: Eure Hauptanliegen sind...?

GG/BO: Gesetzlicher Mindestlohn für arbeitende Gefangene; Voller Einbezug



Soliaktion der FAU und GG/BO vor dem Knast. Die Polizei hält sich bereit.

in die Sozialversicherung (Rente, Krankenversicherung); Volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern.

DA: Wie erfolgreich seid ihr bisher? In wie vielen Gefängnissen seid ihr aktiv?

GG/BO: Zu Beginn der GG/BO hat man uns sicherlich belächelt. Durch engagierte Gefangene und inhaftierte Gewerkschafter*innen, in Verbindung mit einem grandiosen solidarischen Austausch mit Unterstützer*innen der GG/BO vor den Gefängnismauern (Soligruppe), hat sich die GG/BO bis heute zu einem kraftvollen Sprachrohr für Gefangene jeglicher Form entwickelt.

DA: Wie reagiert die Öffentlichkeit auf euch, wie der Staat? Werdet ihr als Gewerkschaft offiziell anerkannt, lässt man euch als Gewerkschaft agieren, oder werdet ihr in eurer Arbeit behindert?

GG/BO: Wir alle wissen, dass Inhaftierte keine grosse Lobby haben, was aber daran liegt, dass, wie bereits erwähnt, der Vollzug in all seinen Formen zu intransparent gehalten wird. Der Öffentlichkeit wird ein falsches Bild vermittelt. Ich denke, im Moment würde kein Ministerium zugeben, dass sie uns ernst nehmen. In kleinen Anfragen wählt man oft die Form der Argumentation, dass die GG/BO keine wirkliche Gewerkschaft ist. Aber es ist auch nicht wichtig welche juristische Form wir als Gewerkschaft aufzeigen.

Ähnlich der anerkannten „Polizeigewerkschaften“ haben wir (noch) kein Recht zu streiken oder Tarifverhandlungen zu führen. Es zählt, dass wir gemeinsam die selben Interessen vertreten. Aus der Erfahrung wissen wir, dass man schon genau schaut, über was wir berichten. Der Umgang mit aktiven Gewerkschafter*innen ist von Bundesland zu Bundesland bzw. von Gefängnis zu Gefängnis verschieden.

DA: Man liest, dass ein sehr grosser Anteil der Gefangenen wegen Kleinstdelikten, beispielsweise wegen Drogendelikten, inhaftiert sind, viele auch wegen „Schwarzfahren“, oder als Ersatzfreiheitsstrafe, weil sie eine Geldbusse nicht zahlen konnten, oder einfach, weil sie keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben. Klingt so, als sei Kriminalisierung vor allem ein Phänomen armer Bevölkerungsschichten?

GG/BO: Es stimmt leider. Die Anzahl der Inhaftierten in Deutschland, die wegen Kurz- und Ersatzfreiheitsstrafen ein-

(Fortsetzung auf Seite 8)

sitzen, nimmt täglich zu. Dies trägt natürlich auch dazu bei, dass die Anstalten in Deutschland überfüllt sind und kein effektiver Behandlungsvollzug stattfinden kann. Als GG/BO fordern wir daher die Streichung von Kurz- und Ersatzfreiheitsstrafen. Ein Umdenken muss passieren in Richtung der gemeinnützigen Arbeit. Die meisten Betroffenen haben einfach kein Geld, um ihre Strafe zu bezahlen. Hinzu kommen sicherlich eine Menge sozialer Probleme. Genau hier liegt das Problem. Denn darauf folgt die Strafe, anstelle der Hilfe, welche hier definitiv effektiver wäre. Die sächsische CDU geht hier mal wieder mit schlechten Beispiel voran und demonstriert ihre Law & Order Politik, indem sie am 01.03.2019 eine Generalverfügung¹ erlassen hat, mit welcher bei Bagatelldelikten (10 €) härter durchgegriffen wird. Meist handelt es sich hierbei um Strafsachen, welche sich der Beschaffungskriminalität zuordnen lassen. Kurzum: Menschen mit einer Suchterkrankung finanzieren sich diese damit. Sperre ich diese Gruppe Menschen nun ein, helfe ich ihnen keinen Meter, da eine Verwahrung keinen Nutzen für niemanden hat. Man sollte die Ursachen erkennen und durch soziale Hilfen tätig werden. Womit auch Nachhaltigkeit gegeben wäre.

DA: Der Staat scheint sich zunehmend autoritär zu entwickeln, breite Teile der Gesellschaft verarmen. Wie ist da eure Zukunftsprognose?

GG/BO: Der Sozialstaat als solches hat seit dem Wegfall des Ostblocks und dem damit verbundenen Wegfall von Alternativen, schwer zu kämpfen. Gefängnisse und Anstalten sind dabei die Eckpfeiler jedes Staates. Trotzdem leben wir hier, innerhalb der vorgegebenen Regeln und den starr reglementierten Abläufen „Solidarität statt Angst“. Wie auf einer Pilgerreise, mit all den Entbehrungen, entwickelt sich ein Grundvertrauen, dass stärker ist als Angst.

¹ <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2019/03/Abheute-wird-in-Sachsens-Staatsanwaltschaften-mit-Kanonen-auf-Spatzen-geschossen-261619>

DA: Am 18. März ist der internationale Tag der politischen Gefangenen. Sind politische Gefangene bei euch organisiert? Wie steht ihr zu dem Gedenktag?

GG/BO: Als GG/BO machen wir seit Jahren auf diesen Tag aufmerksam und rufen zur Solidarität sowie zu Solidaritätskundgebungen auf. Uns ist es wichtig, dass dieser Gedenktag nicht einfach an der Gesellschaft vorbei geht. Das Politische hängen wir dabei nicht so hoch. Die meisten Gefangenen sitzen wegen Umverteilungsdelikten² im weitesten Sinne.

DA: Gibt es viele politische Gefangene?

GG/BO: Wie erwähnt, spielt das bei uns keine Rolle – solange die Tat nicht mit unserem Selbstverständnis kollidiert. Erwähnenswert sind dabei jedoch die Er-



mittlungen und Verfahren nach 129, 129a und 129b StGB³. Das kann und muss kritisiert werden. Zu diesen Verfahren gibt es eigene Solidaritätskreise, die durch einzelne Sektionen (GG/BO Ableger in den Knästen) oder Soligruppen (GG/BO Unterstützer*innen in Freiheit) unterstützt werden.

² Kleinere Diebstähle und nicht bezahlte Rechnungen, die zu Ersatzfreiheitsstrafen führen, siehe <https://fink.hamburg/2018/07/hamburgs-gefaengnisse-an-der-belastungsgrenze/>

³ Bei den drei Artikeln handelt es sich um „die Gründung krimineller“ (129) oder «terroristischer Vereinigungen» (129a), 129b bezieht sich auf solche Vereinigungen im Ausland. 129a wird zunehmend auch für linke Gruppierungen wie antifaschistische Gruppierungen angewandt, 129b wird auch gegen kurdische Gruppen wie die PKK und die YPG/YPJ angewandt.

DA: Man stellt sich Gewerkschaftsarbeit in einem Gefängnis sehr schwierig vor. Könnt ihr überhaupt miteinander kommunizieren? Seid ihr vernetzt? Gibt es dabei Probleme und bekommt ihr Hilfe von aussen? Wie seid ihr organisatorisch aufgebaut?

GG/BO: Unser Aufbaumodell ist anarchosyndikalistisch geprägt. Menschen aus den Soligruppen könnte man, aufgrund der Knastkritik und dem zeitgleichen Wirken in einer Gewerkschaft, als radikal reformistisch bezeichnen. Ich schätze daher, dass die Organisation durch eine berechnete Kapitalismuskritik geprägt ist. Jede*r Gefangene hat die Möglichkeit, sich unter den drei Zielen (Gewerkschaftsfreiheit, Mindestlohn, volle Sozialversicherung) und dem Selbstverständnis, dass die geläufigen *ismen ausschließt, in der GG/BO zu organisieren. Das geschieht autark und ohne starre Struktur. Dabei geht es um Wissenstransfer, der unter den Gefangenen recht gut funktioniert und Kontakt zu den Soligruppen, die Öffentlichkeitsarbeit leisten, bzw. teilweise auch parlamentarische Anbindung haben. In der Regel funktioniert die Kommunikation auf allen Ebenen ganz gut. Optimal wären Gewerkschafter*innenversammlungen, also Plena, in den Gefängnissen. Diesbezügliche Ansätze stecken jedoch noch in den Kinderschuhen.

DA: Wie kann man bei euch unterstützen, bei euch aktiv werden?

GG/BO: Nehmt dazu am besten Kontakt zu den Gefangenen oder den Soligruppen auf. Über unsere Webseite ggbo.de, Social Media oder den dezentralen Ablegern gibt's Kontakte und/oder Inhalte die geteilt werden wollen.

DA: Wir danken für das Interview!

Claudius Berg

Das Interview erschien zuerst auf *Direkte Aktion Online* unter www.direkteaktion.org

Gewerkschaften und Verträge in den USA

Wann und warum begannen Gewerkschaften mit dem Unterzeichnen von Tarifverträgen?

Teil 2: Aufstieg und Fall der Zentralgewerkschaft *Knights of Labor*

Bis 1880 kollabierten die früheren Gewerkschaften nach einem kurzen Schub. Ein Grund dafür waren gescheiterte Streiks. Die *Knights of Labor* versuchten, Streiks nur noch zentral zu bewilligen. Schlussendlich zerbrach jedoch auch diese Gewerkschaft unter anderem an gescheiterten Streiks.

Die *Knights of Labor* und der Versuch Streiks zu verhindern

Die meisten Gewerkschaften fielen in den 1870ern zusammen, teilweise aufgrund einer starken wirtschaftlichen Depression. Eine hohe Arbeitslosenzahl machte es für die Arbeitgeber*innen einfach, Gewerkschaftsmitglieder zu ersetzen und garantierte einen grossen Vorrat an Streikbrecher*innen im Falle eines Streiks. Eine Gewerkschaft nach der anderen ging durch die Finanzierung gescheiterter Streiks bankrott.

Nachdem die Arbeiter*innenbewegung am Ende der 1870er wieder erstarb, waren die neuen Gewerkschaften, sowohl die *Knights of Labor* als auch die neuen Gewerkschaften, die später die *American Federation of Labor* formten, entschlossen, die vermeintlichen Fehler der bisherigen Gewerkschaften zu vermeiden. Die lokalen Gruppierungen mussten vor einem Streik die landesweite Führung um Erlaubnis bitten. Jeder Streik, der nicht von dieser Führung genehmigt war, würde keine Unterstützung der landesweiten Organisation bekommen.

So steht beispielsweise in den Regelungen der *Knights of Labor*:

„Streiks ... sind, in der Regel, mehr Schaden als Nutzen für die arbeitende Bevölkerung. Deswegen wird von allen Versuchen Streiks zu beginnen abgeraten. ... Kein Streik, der ohne die Genehmigung und Weisungen durch generall-bevollmächtigte Sekretäre unternommen wurde ... soll durch die Streikkasse unterstützt werden.“

Der Gewerkschaftsführer der *Knights of Labor* Terence Powderly erklärte:

„Streiks sind ein Fehler. Frag jeden alten Hasen der Arbeiterbewegung und er wird das selbe sagen. ... Eine gut organisierte Vereinigung wird nie streiken müssen. Es sind nur die schlecht organisierten Gewerkschaften, die das tun.“

Als Antwort auf die Idee, die *Knights of Labor* sollten Streiks fördern und nähren, schlug er ironisch vor, dass die Gewerkschaft auch je ein Gewehr mit Bajonett und 150 Schuss Munition für jedes Mitglied kaufen sollte und dazu noch eine Gatling Gun. Er führte weiter aus, dass

„Es gibt Zeiten, in denen, angesichts gewisser Erniedrigungen und Tyranneien, die Weigerung zu streiken regelrechte Feigheit ist; aber diese Umstände treten selten auf. Der gewöhnliche Streik entsteht durch die anstachelnde Rede eines Unruhestifters. [...] Ein Streik erzielt für gewöhnlich nur ein Resultat, er erzeugt Verwirrung und Misstrauen und zerstört schlussendlich die Gewerkschaft selbst. Ob der Streik nun erfolgreich war oder nicht, bricht durch ihn meist der Zweig auseinander, der ihn geführt hat. Ein Grund dafür ist, dass die Menschen, sobald sie streiken, erwarten, zum Schatzmeister gehen zu können und fünf Dollar in der Woche zu erhalten, auch wenn sie bis jetzt keine fünf Cent eingezahlt haben.“



*„...An Injury to one is the Concern of All“. Logo der *Knights of Labor* in Form eines Pentagramms. In ihren Anfängen waren sie von Okkultismus und Ritualen geprägt, distanzierten sich später aber davon.*

die Männer in den politischen Ämtern „Gesetze ausgearbeitet haben, welche es unmöglich machen zu streiken, ohne dass die Armee hinzugerufen wird“ und dass folglich das Fördern von Streiks schwere Repression gegen den Orden bringen würde. Powderly argumentierte weiter:

das Abschaffen des Kapitalismus unnötig zu machen. Mittelfristig wollten sie, dass der Staat Gesetze verabschiedet, die zur Schlichtung aller Arbeitskämpfe verpflichteten. Dieses Ziel wurde in den Vereinigten Staaten nie erreicht, auch wenn Gesetze für freiwillige Schiedsverfahren verabschiedet wurden und die *Knights of Labor* in Neuseeland das Parlament wäh-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Tarifverträge Teil 2 (von Seite 9)

rend der 1890er zur Verabschiedung einer Gesetzgebung für ein obligatorisches Schiedsverfahren brachten¹.

Kurzfristig zielten die *Knights*, wann immer das möglich war, auf private Schiedsverfahren mit den Arbeitgeber*innen ab, anstatt auf Streiks zurückzugreifen. Direkte Aktionen waren erst als letzte Option vorgesehen. Diese privaten Schiedsverfahren nahmen verschiedene Formen an. Die Leiter*innen der *Knights* waren ermächtigt, Konflikte zwischen Mitgliedern und Arbeitgeber*innen zu schlichten; sie konnten den Mitgliedern befehlen, einen Kompromiss zu akzeptieren, auch wenn diese damit nicht einverstanden waren. Wenn der Arbeitgeber zustimmte, konnten Konflikte an eine neutrale Seite zur Schlichtung weitergereicht werden.

Eine Art Tarifvertrag

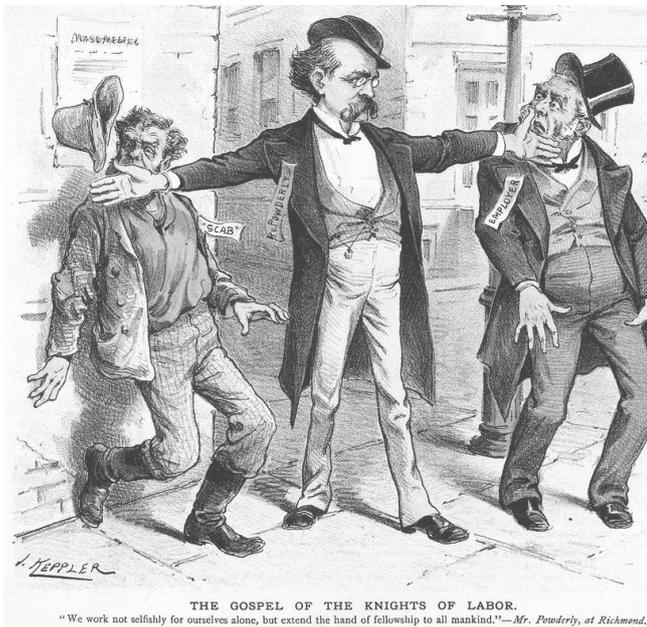
In den Gebieten, in denen die *Knights of Labor* am stärksten waren, unterzeichneten sie manchmal zusammen mit einer Arbeitgeber*innenvereinigung eine Liste von *Regeln und Bestimmungen*, in der ein Verfahren zur Beilegung aller Konflikte durch Schiedsverfahren festgelegt wurde. Für gewöhnlich ein bis zwei Seiten lang, verboten diese Regelungen alle Streiks und Aussperrungen und errichteten eine gemeinsame Schiedsstelle zur Beilegung aller Streitigkeiten. Diese Gremien bestanden zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen der Gewerkschaft und der Arbeitgeber*innenvereinigung und waren befugt, Streitigkeiten zwischen Arbeiter*innen und ihren Arbeitgeber*innen in den von der Vereinbarung erfassten Betrieben beizulegen. Im Falle der Stimmengleichheit sollte jede Seite eine neutrale Person bestimmen, diese zwei würden eine dritte Person wählen und dann zu dritt über die Angelegenheit entscheiden. Für gewöhnlich sahen sie auch Beschwerdeausschüsse vor und schafften einen *closed shop*² (oder, als

¹ Gegen eben jenes agitierte die IWW Neuseeland später, siehe dazu auch: <http://libcom.org/history/country-considered-be-free>

² *Closed Shops* sind Betriebe in denen nur Gewerkschaftsmitglieder arbeiten dürfen.

Kompromiss, war den Gewerkschaftsmitgliedern erlaubt die Zusammenarbeit mit nicht-organisierten Kolleg*innen zu verweigern).

Diese durch die *Knights of Labor* unterzeichneten Regelungen haben viele Gemeinsamkeiten mit den Tarifverträgen des 20. Jahrhunderts, aber es gibt einige wichtige Unterschiede. Am wichtigsten war vielleicht, dass sie kein Auslaufdatum hatten – sie sollten ewig halten, Streiks und Aussperrungen dauerhaft beenden. Auch waren sie weitaus kürzer und legten viele Aspekte, die in modernen Verträgen genau geregelt sind (wie z.B. Löhne und Arbeitsbedingungen),



THE GOSPEL OF THE KNIGHTS OF LABOR.
"We work not selfishly for ourselves alone, but extend the hand of fellowship to all mankind."—Mr. Powderly, at Richmond.

Powderly, Vorsitzender der Knights of Labor, „reicht“ sowohl dem Streikbrecher, wie auch dem Boss die Hand.

in den Bereich der Schiedsgerichte. Es gab keine Vergütungen für eine lange Dienstzeit während der Gewerkschaftsmitgliedschaft und keine Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge direkt vom Lohn. Die *Knights* hatten auch Schwierigkeiten ihre eigenen Mitglieder zur Einhaltung dieser Regelungen zu bewegen. Als Reaktion auf das Scheitern der *Knights*, einen wilden Schuharbeiter*innenstreik in Philadelphia zu unterdrücken, schlossen die lokalen Schuhhersteller*innen alle ihre Mitarbeiter*innen für mehrere Wochen aus und beschlossen dann, mit einer gelben Gewerkschaft auf *open-shop*-Basis und nicht mit den *Knights* zu schlichten. Dadurch wurde die Gewerkschaft der Schuhmacher*innen in dieser Stadt zerstört.

Das Ende der Knights of Labor

Anfangs waren die *Knights of Labor* größer als die anderen Gewerkschaften und wuchsen³ bis 1886 massiv an und wurden größer als jede vorhergehende Gewerkschaft in Nordamerika. Zwischen 1886 und 1890 gründeten Arbeitgeber*innen eine Reihe von Arbeitgeber*innenvereinigungen, die eine Gegenoffensive gegen die *Knights* führten. Diese schafften es, die Gewerkschaft mit einer Reihe von Aussperrungen zu zerschlagen, unterstützt durch staatliche Gewalt⁴ und dem Vorgehen gegen die Arbeiter*innenbewegung nach der *Haymarket affair*⁵. Die neu gegründete und konservativere *American Federation of Labor (AFL)* nahm so den Platz der *Knights* als grösste Gewerkschaft des Landes ein. Die Zurückhaltung der landesweiten Führung des Ordens bei der Genehmigung von Streiks rettete diese nicht vor der Zerschlagung durch die Arbeitgeber*innen.

Teil 3 wird den Wandel des Umgangs der Chef*innen im Umgang mit Gewerkschaften behandeln, und wie sich die grossen Gewerkschaften zu Handlung*innen der Kapitalist*innen machen liessen.

Robin J. Cartwright

Aus dem Englischen von Sascha Rofka

zuerst erschienen auf direkteaktion.org

³ Weitere Infos unter: <https://libcom.org/history/may-day-8-hour-movement-knights-labor-jeremy-brecher>

⁴ 1887 kam es zu Streiks auf den Plantagen im Umfeld von Thibodaux, Louisiana. Wie so oft wurden Milizen aufgeboden, um Streikbrecher*innen zu schützen und zum Teil Streikende zu vertreiben. Schlussendlich richteten die Milizen ein Massaker an, in dem hunderte starben. weitere Infos auf: <https://libcom.org/library/us-thibodaux-massacre-1887>

⁵ Die Haymarket Affair drehte sich um eine Bombenexplosion auf einer Versammlung Streikender für den Acht-Stunden Tag, durch die mehrere Polizisten und Streikende starben. Bis heute ist unklar, von wem die Bombe geworfen wurde. Die Tat wurde jedoch den Anarchist*innen in die Schuhe geschoben. Mehrere Anarchist*innen wurden deshalb hingerichtet. Der erste Mai, der Tag des Streikbeginns, gilt als Gedenktag an die Haymarket Affair.

Violen in den Strassen

**So manches Fenster verkündet Parolen
entzückt ziehen Schwalben ihre Bahnen
und in den Strassen wehen die Fahnen
gehalten in den Farben der Violen**

**Ein Streik zieht über die Lande
von langer Hand ersehnt und geplant
formten sich daraus enge Bande
das Ausmass keine * r so recht geahnt**

**Die Streikposten stehen früh bereit
aus Freude und Notwendigkeit
Die Unterdrückten füllen der Städte Gassen
Mensch rief sie, und sie kamen in Massen.**

**Liebe Masse, meine Freundin
zu lange hielt dich die Wandelhalle hin
verspricht dir stets lieb zu sein, sich zu bessern
nur um dann ihre Versprechen zu verwässern**

**Neue buhlen nun um dich und dein Herz
und schwören dir Treue bis in den Herbst
Doch ist die Wahlehe erst mal vollzogen
geht's nicht lang und sie haben dich betrogen**

**Die Politik wird dich wieder schlagen
«wie sich's für ein unartig Weib gehört»
«bisher hat's dich doch auch nicht gestört»
und wie lange willst den Scheiss noch ertragen?**

**Wandel geschieht nicht im Ratsaal drinnen
sondern durch deinen Mund und deine Hand
und durch Faust und Hand deiner Genoss*innen
Es sind viele unzufrieden in diesem Land**

**Und an jenen, welchen es auch nicht gefällt
mangelt es auch nicht auf der ganzen Welt
Der Vierzehnte Juli und der Achte März
waren Vorbot*innen unsrer Wut und Schmerz**

**Unsre Würde haben die Mächtigen gestohlen
Doch unser Wille zur Freiheit ist nicht tot
und in den befreiten Strassen blühen Violen
in den Farben violett-schwarz-rot**

- Feng Adan Tifa

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichten und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
 Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos!
Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

abonnieren?



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!
132 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Arbeiterkampf der Jahre 1889/90 die ersten Streikposten errichtet wurden. 8 Stunden sind (mehr als) genug!

1. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

2. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

3. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

4. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

5. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

6. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

7. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

8. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

9. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

10. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

11. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

12. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

13. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

14. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

15. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

16. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

17. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

18. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

19. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

20. Ein Angriff
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!
Die 8 Stunden sind (mehr als) genug!

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Anstellungsverhältnisse (Teil 1)

In der jetzigen und der nächsten Ausgabe stellen wir die verschiedenen Anstellungsverhältnisse und ihre Besonderheiten vor.

Temporärarbeit (über Temp-Büro)

Wenn du durch eine Temporärfirma für einen Betrieb vermittelt wirst, gilt seit 1991 das Arbeitsvermittlungsgesetz (AVG), welches folgende Bedingungen stellt:

- Temporärfirmen brauchen eine Bewilligung durch das Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft).
- Der Arbeitsvertrag muss schriftlich sein. Es gibt einen Rahmenvertrag mit der Temporärfirma, der für alle Einsätze dieser Firma gilt (regelt generelle Bedingungen wie Versicherung und Lohn im Krankheitsfall) und für jeden Einsatz einen separaten Einsatzvertrag (regelt Stundenlohn, Dauer des Einsatzes, Arbeitszeit).
- Auch bei Temporärarbeit müssen die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen eingehalten werden, wenn der Einsatzbetrieb einem allgemeinverbindlichen GAV untersteht.
- Es gelten kürzere Kündigungsfristen:
vom ersten Tag bis zum dritten Monat: mind. 2 Tage
4. bis 6. Monat: mind. 7 Tage
ab dem 7. Monat normale Bedingungen
- Nur bei kurzen oder unregelmässigen Einsätzen ist es erlaubt, die Ferien als Prozentsatz zum Stundenlohn abzugelten. Bei Einsätzen, die regelmässig sind und über drei Monate dauern, muss die Ferienschiädigung dann ausbezahlt werden, wenn du Ferien beziehst.
- Wenn nach drei Monaten die Einsatzfirma eine Festanstellung anbietet, darf die Temporärfirma dafür keine Entschädigung verlangen. Temporärarbeit führt zu Nachteilen in den Sozialversicherungen, sofern weniger Beitragstage als bei einer Festanstellung geleistet werden.

Es gibt keine rechtlichen Bestimmungen darüber, wie viel eine Temporärfirma von der Einsatzfirma bezahlten Betrag behalten darf. An diesem Anteil erkennt man oft die schlechten Temporärfirmen.

Nützliche Adressen:

Informationen zu Gesamtarbeitsverträgen:
www.seco.admin.ch (Themen -> Arbeit -> Arbeitsrecht -> Gesamtarbeitsvertrag)

Arbeit auf Abruf

Arbeit auf Abruf heisst, dass du jederzeit für einen Arbeitseinsatz bereit sein musst, aber keine Garantie bekommst, wie oft du arbeiten kannst. Das bedeutet auch, dass du nie weisst, wie viel du verdienen wirst.

- Die Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall richtet sich nach dem Dienstalter, die Höhe der Fortzahlung entspricht dem Durchschnittslohn der letzten sechs Monate.
- Auch die Bereitschaftszeit muss bezahlt werden. Allerdings kann der Lohn für diese Zeit geringer und im Einsatzlohn enthalten sein.
- Du hast ein Recht auf geplante Ferien. Nur bei völlig unregelmässigen Einsätzen können die Ferien als Prozentsatz zum Stundenlohn abgegolten werden.
- Es gelten die normalen Kündigungsfristen.

Achtung: Wenn Arbeitgeber*innen dich immer weniger einsetzen und du dadurch in finanzielle Not kommst, kannst du nicht einfach stempeln gehen. Du hast immer noch einen laufenden Arbeitsvertrag, aber keine Arbeit. Nimm mit der FAU Kontakt auf, wenn du plötzlich weniger Arbeit bekommst.

Wenn du das Recht hast, einen Arbeitseinsatz abzulehnen, handelt es sich um ein **Freelance**-Arbeitsverhältnis.

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 350
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch